Deutscher Städtetag

Pressemitteilung

15. Februar 2006

Deutscher Städtetag berät über Konsequenzen nach Hallenunglück

Städte sehen Sicherheit öffentlicher Bauten nicht gefährdet – Regelungen und ihre Anwendung dennoch überprüfen

Der Deutsche Städtetag spricht sich dafür aus, die Sicherheitsbestimmungen für öffentliche Gebäude und ihre Anwendung zu überprüfen. Gleichzeitig weist der kommunale Spitzenverband darauf hin, dass es nicht gerechtfertigt sei, die Sicherheit öffentlicher Bauten in Deutschland generell in Frage zu stellen. Das teilte der Präsident des Deutschen Städtetages, der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude, heute nach Sitzungen von Präsidium und Hauptausschuss des Verbandes in Brandenburg an der Havel mit.

Christian Ude: **„Die Besucher von Sporthallen, Freizeitzentren und anderen öffentlichen Gebäuden müssen sich darauf verlassen können, dass ihrer Sicherheit höchste Priorität eingeräumt und Gefahren rechtzeitig begegnet wird. Das derzeit geltende System der Baukontrolle ist auf dieses Ziel ausgerichtet. Dennoch ist es richtig, ein so tragisches Unglück wie in Bad Reichenhall zum Anlass zu nehmen, bestehende Regelungen und Praktiken noch einmal genau auf mögliche Schwachpunkte hin zu untersuchen. Auch ein gutes Sicherheitssystem lässt sich wahrscheinlich weiter verbessern.“** Allerdings sei eher zu bezweifeln, dass für die Gebäudesicherheit neue gesetzliche Regelungen erlassen werden müssen.

Schon jetzt sei die Verantwortung der Eigentümer klar geregelt, dass von ihren Bauten keine Gefahren ausgehen dürfen. Die Städte müssten – ebenso wie private Gebäudeeigentümer – den Erhaltungszustand und damit auch die Standsicherheit

Deutscher Städtetag
Lindenallee 13 - 17
50968 Köln
Internet: http://www.staedtetag.de

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Verantwortlich: Volker Bästlein
Telefon +49 30 37711-130
Telefax +49 30 37711-139

Ernst-Reuter-Haus
Straße des 17. Juni 112
10623 Berlin
eMail: presse@staedtetag.de

ihrer Gebäude überprüfen, um die Verkehrssicherungspflicht zu erfüllen. Der Deutsche Städtetag begrüßte den Beschluss der Bauministerkonferenz der Länder, Fragen der Standsicherheit vor allem großer öffentlich zugänglicher Gebäude von Fachleuten untersuchen zu lassen und dabei auch die kommunalen Spitzenverbände zu beteiligen.

„Selbstverständlich haben das Unglück von Bad Reichenhall und weitere Dacheinstürze der vergangenen Wochen bei den Verantwortlichen in den Städten die Aufmerksamkeit für die Gebäudesicherheit nochmals geschärft“, sagte Städtetagspräsident Christian Ude. Er bezeichnete es als sinnvoll, zu prüfen, ob eine Handlungsempfehlung für einen Kriterienkatalog zur Überwachung bestimmter städtischer Gebäude erforderlich ist, um die Gebäudesicherheit weiter zu verbessern.

Gleichzeitig erinnerte der Deutsche Städtetag daran, welch gravierende Folgen der massive Rückgang der kommunalen Investitionen für den Zustand der öffentlichen Infrastruktur habe. **„Seit dem Jahr 1992 sind die Investitionen der Kommunen um fast 45 Prozent gesunken“**, betonte der Städtetagspräsident. Dies wirke sich nicht nur auf die Neubautätigkeit der Städte, sondern zunehmend auch auf die Unterhaltungs- und Erneuerungsinvestitionen aus.

Die Städte könnten die Funktionsfähigkeit ihrer öffentlichen Gebäude und ihrer Infrastruktur in Zukunft nur gewährleisten, wenn der Investitionsrückgang durch eine grundlegende Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung umgekehrt wird. Christian Ude: **„Sonst werden die Städte nicht daran vorbeikommen, gefährdete Gebäude und Verkehrsanlagen zu schließen oder stillzulegen. Die Städte müssen dann eines Tages so handeln, gerade weil die Sicherheit ihrer Bürgerinnen und Bürger für sie absoluten Vorrang hat.“**